

# Inhalt

Literaturverzeichnis .....	5
Abkürzungsverzeichnis .....	22
<b>1. Problemstellung und Gang der Untersuchung .....</b>	<b>23</b>
<b>2. Die Bezirksvertretung im Kompetenzgeflecht der inneren Gemeindeverfassung .....</b>	<b>26</b>
2.1 Bezirkliche Entscheidungsrechte in den kreisfreien Städten .....	27
2.1.1 Das Verhältnis von Bezirksvertretung und Rat .....	28
2.1.1.1 Konkretisierung der gesetzlichen Kompetenzabgrenzung .....	28
2.1.1.1.1 Rechtsstellung und Aufgaben des Rates .....	29
2.1.1.1.2 Konkretisierungspflicht nach § 37 Abs. 1 Satz 2 GO .....	30
2.1.1.1.3 § 37 Abs. 1 Satz 3 GO als bedeutungslose Regelung .....	32
2.1.1.1.4 Die Angelegenheit mit „bezirklicher Bedeutung“ .....	33
2.1.1.1.5 Begriffsausfüllung durch „Regelbeispiele“ .....	38
2.1.1.2 Resümee: Konkretisierungspflicht ohne Gestaltungsmöglichkeit .....	39
2.1.2 Das Verhältnis von Bezirksvertretung und Bürgermeister .....	40
2.1.2.1 Rechtsstellung und Aufgaben des Oberbürgermeisters .....	40
2.1.2.2 Faktischer Einfluss des Bürgermeisters auf die Zuständigkeiten im Einzelfall .....	41
2.1.2.3 Geschäfte der laufenden Verwaltung .....	43
2.1.2.3.1 Gesetzgeberischer Verweis des § 37 Abs. 1 Satz 4 GO .....	43
2.1.2.3.2 Die Reaktivierungskompetenz des Rates in der Bezirksverfassung .....	44
2.1.2.3.2.1 Die Bedeutung des § 41 Abs. 3 GO im originären Anwendungsbereich .....	44
2.1.2.3.2.2 § 41 Abs. 3 GO in der Bezirksverfassung .....	46
2.1.2.3.3 Geschäfte der laufenden Verwaltung von nur bezirklicher Bedeutung .....	49
2.1.2.3.3.1 Begriffsumschreibung am Beispiel gemeindlicher Wertgrenzen .....	49
2.1.2.3.3.2 Keine Konkretisierungspflicht des Rates .....	52
2.1.2.3.4 Resümee: Gestaltungsmöglichkeit ohne Konkretisierungspflicht .....	52
2.1.3 Das Verhältnis von Bezirksvertretung und Ausschüssen .....	53
2.1.3.1 Kommunalausschüsse mit Entscheidungskompetenz .....	54
2.1.3.2 Der Jugendhilfeausschuss als „Sonderfall“ .....	55
2.1.3.2.1 Angelegenheiten der Jugendhilfe von bezirklicher Bedeutung .....	56
2.1.3.2.2 Gesetzliche Zuständigkeit der Bezirksvertretung .....	57
2.1.3.3 Die vermeintlichen „Sonderfälle“ Denkmal- und Schulausschuss .....	59
2.1.3.4 Resümee: Abgrenzungsgrundsatz, Ausschüsse als „kleiner Rat“ .....	60
2.1.4 Das Verhältnis der Bezirksvertretungen zueinander .....	61
2.1.5 Die direkte Bürgerbeteiligung im Stadtbezirk .....	64

2.1.5.1	Die Möglichkeit der direkten Bürgerbeteiligung im Stadtbezirk .....	64
2.1.5.2	Der materiell-rechtliche Umfang der direkten Demokratie im Stadtbezirk.....	66
2.1.5.3	Einfluss auf die Organzuständigkeit durch einen Bezirkseinwohnerantrag ....	67
2.1.5.4	Das Unterstützerquorum in den Stadtbezirken.....	67
2.1.5.5	Der Bezirksvertretungsbürgerentscheid .....	69
2.1.5.6	Beschränkte Sperrwirkung des zulässigen Bezirksbürgerbegehrens.....	70
2.1.5.7	Resümee: Die direkte Bezirksbürgerbeteiligung als vollwertiges Äquivalent	72
2.2	Bezirkliche Beteiligungsrechte in den kreisfreien Städten .....	72
2.2.1	Das Anhörungsrecht der Bezirksvertretungen .....	73
2.2.1.1	Die Konkretisierungs- und Gestaltungsmöglichkeit des Rates .....	74
2.2.1.2	Der Umfang des Anhörungsrechts nach § 37 Abs. 5 Satz 1 GO .....	77
2.2.1.2.1	Den Stadtbezirk „berührende“ Angelegenheiten.....	77
2.2.1.2.2	Die „Wichtigkeit“ als Ausschluss alltäglicher Angelegenheiten.....	81
2.2.1.2.3	§ 38 Abs. 3 Satz 1 als deklaratorische Regelung.....	85
2.2.1.3	Die (gesetzlichen) Vorgaben an das Anhörungsverfahren .....	86
2.2.1.3.1	Die Unterrichtung der Bezirksvertretung als einleitende Maßnahme .....	87
2.2.1.3.2	Der Zeitpunkt der Unterrichtung der Bezirksvertretung .....	88
2.2.1.3.3	Kein „Formzwang“ für Unterrichtung und Stellungnahme.....	91
2.2.1.3.4	Keine Pflicht zur wechselseitig argumentativen Auseinandersetzung .....	93
2.2.1.3.5	Die bezirkliche Anhörung in „eilbedürftigen Fällen“ .....	94
2.2.1.4	Resümee: Interessenschutz durch Verfahrensbeteiligung .....	96
2.2.2	Das Initiativrecht der Bezirksvertretungen.....	98
2.2.2.1	Den Stadtbezirk „betreffende“ Angelegenheiten .....	99
2.2.2.2	Die Sachbehandlungspflicht der zuständigen Organe .....	100
2.2.2.3	Weitere (gesetzliche) Verfahrensvorgaben .....	102
2.2.2.4	Resümee: Interessenschutz durch Verfahrenseinleitung.....	104
2.2.3	Das Mitwirkungsrecht der Bezirksvertretungen.....	105
2.2.3.1	„Mitwirken“ als eigenständige bezirkliche Beteiligungsform.....	106
2.2.3.2	Der Gesamthaushalt als Gegenstand der Mitwirkung .....	109
2.2.4	Folgen einer fehlerhaften bezirklichen Beteiligung .....	111
2.2.4.1	Fehlerfolgen bei Bestimmungen des Ortsrechts.....	112
2.2.4.2	Fehlerfolgen bei sonstigen Angelegenheiten .....	114
2.2.5	Die „Hilfsrechte“ der Bezirksvertretungen .....	115
2.2.5.1	Die Informationsrechte der Bezirksvertretung .....	115
2.2.5.2	Kontrollrecht gegenüber der Verwaltung.....	117
2.2.5.3	Das Recht auf Teilnahme an Sitzungen des Rates .....	118
2.2.6	Resümee: Die Bezirksvertretung als „vertikale Opposition“ .....	120
2.3	Die Gemeindeverfassung im Spiegel der Bezirksverfassung.....	121
2.3.1	Allein- nicht Allzuständigkeit der Gemeindeorgane .....	122
2.3.2	Die Bezirksverfassung als Machtverteilung und -kontrolle .....	123
2.3.2.1	„Macht“ als wehrfähige Innenrechtsposition .....	124
2.3.2.2	§ 37 Abs. 6 GO als Grenze der bezirklichen Wehrfähigkeit .....	125
2.3.2.3	Resümee: „Checks and balances“ durch Organpluralismus.....	127

<b>3.</b>	<b>Die rechtliche Absicherung von Stadtbezirken</b> .....	128
3.1	Kein individueller Bestandsschutz einzelner Stadtbezirke.....	128
3.1.1	Bedeutungslosigkeit der Gebietsänderungsverträge.....	129
3.1.2	Kein individueller Bestandsschutz durch § 35 Abs. 4 GO.....	130
3.2	Art und Umfang des institutionellen Bestandsschutzes .....	131
3.2.1	Kein Schutz als Gemeinde .....	131
3.2.2	Kein Schutz analog zu den Gemeinden.....	133
3.2.2.1	Die unmittelbaren Legitimation der Bezirksvertretungen .....	135
3.2.2.1.1	Das Bezirksvolk als Legitimationssubjekt .....	136
3.2.2.1.2	Die „Besonderheiten“ des Wahlverfahrens .....	138
3.2.2.1.3	Resümee: Die identische Legitimation von Bezirksvertretung und Rat .....	141
3.2.2.2	Die haushaltsrechtliche Unselbstständigkeit der Stadtbezirke .....	141
3.2.2.2.1	Die Pflicht des Rates auf Zuteilung bezirklicher Finanzmittel .....	143
3.2.2.2.2	Der Umfang des bezirklichen „Anspruchs“ auf Finanzmittel .....	145
3.2.2.2.3	Resümee: Bezirkliche Teilhabe am Budgetrecht des Rates.....	147
3.2.2.3	Der Bezirksbürgermeister .....	149
3.2.2.4	Resümee: Stadtbezirke als verselbständigte Verwaltungseinheiten .....	151
3.2.3	Schutz durch Einrichtungsgebot aus Art. 28 Abs. 2 GG .....	153
3.2.4	Resümee: Institutionell gesicherte Verwaltungseinheit.....	158
<b>4.</b>	<b>Anforderungen an die Bezirks(neu)einteilung</b> .....	159
4.1	Bezirks(neu)einteilung als Aufgabe des Rates .....	159
4.1.1	Bezirkseinteilungen durch Hauptsatzung.....	160
4.1.2	Besonderheiten durch § 35 Abs. 4 Satz 2 GO .....	160
4.2	Der grundsätzliche „Gestaltungsspielraum“ des Rates.....	162
4.3	Verfassungsrechtlicher Rahmen für „Schranken“ .....	163
4.4	§ 35 Abs. 2 GO als „Schranke“ der Bezirkseinteilung.....	164
4.4.1	Einteilungskriterien als Abwägungsdirektiven.....	165
4.4.1.1	Die planungsrechtlichen Abwägungsdirektiven.....	168
4.4.1.1.1	Der Planungsleitsatz („striktes Recht“).....	168
4.4.1.1.2	Die Planungsziele („generelle Planungsleitbegriffe“).....	169
4.4.1.1.3	Das Optimierungsgebot („relative Vorrangregelung“).....	170
4.4.1.1.4	Das Berücksichtigungsgebot („Planungsleitlinien“) .....	171
4.4.1.2	Der normative Steuerungsgehalt von § 35 Abs. 2 Satz 2 GO.....	172
4.4.1.3	Der normative Steuerungsgehalt von § 35 Abs. 2 Satz 1 GO.....	176
4.4.1.4	Resümee: Gesetzliche Gewichtungsvorgaben.....	177
4.4.2	Der materielle Regelungsinhalt der Kriterien.....	179
4.4.2.1	„gleichermaßen beteiligt werden können“ .....	179
4.4.2.1.1	Unterschiedslose Beteiligung der Stadtbezirke .....	180
4.4.2.1.2	Zulässige Abweichungen bei Einwohnerzahlen und Fläche .....	182
4.4.2.2	„engere örtliche Gemeinschaft“ .....	184
4.4.2.3	„Siedlungsstruktur und Bevölkerungsverteilung“ .....	187
4.4.2.4	„Ziele der Stadtentwicklung“ .....	189

## Inhalt

---

4.4.3	Resümee: § 35 Abs. 2 GO als marginale „Schranke“ .....	189
4.5	Die „sonstigen Schranken“ des § 35 GO.....	191
4.5.1	Der Kernbereich nach § 35 Abs. 2 Satz 3 GO.....	191
4.5.2	Die „Mindestanzahl“ an Stadtbezirken .....	193
4.5.2.1	Die absolute Mindestanzahl an Stadtbezirken.....	193
4.5.2.2	Die relative Mindestanzahl an Stadtbezirken.....	194
4.6	Resümee: Der gelenkte Spielraum des Rates .....	198
<b>5.</b>	<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>200</b>
	Stichwortverzeichnis .....	206